

## „Sozialdemokratie und Frieden“.

N. Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel. Str. Bl.) Im „Vorwärts“ veröffentlicht heute der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Kundgebung unter dem Titel „Sozialdemokratie und Frieden“. Es wird in dieser Kundgebung zunächst wieder einmal festgestellt, daß die Sozialdemokratie unablässig für eine Verständigung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit im Dienste der Menschheit gewirkt habe und auch noch, als sich im vorigen Jahre die drohenden Kriegswolken zusammenballten, habe die deutsche Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens eingesetzt. Aber da die Sozialdemokratie in allen Ländern noch nicht stark genug gewesen sei, sei die Kriegsfackel hell aufgedeckt. Dann heißt es weiter: „Als dann die Kosaken des Zaren plündernd und brennend die Landesgrenze überschritten, da löste die Sozialdemokratie das Wort ein, das die besten ihrer Führer dem deutschen Volke gegeben: Sie stellte sich in die Dienste des Vaterlandes und bewilligte die Mittel zu seiner Verteidigung. Das Schicksal Ostpreußens zeigt, was Deutschland drohte, wenn das deutsche Volk nicht einmütig zusammengestanden hätte, um den russischen Eroberungszug aufzuhalten. Der todesmühtigen Tapferkeit unserer Truppen, die in aufopfernder Hingabe die furchtbaren Strapazen eines Winterfeldzuges im Osten überwand, ist es nach monatelangen opferreichen Kämpfen gelungen, Ostpreußen von dieser Geißel zu befreien.“ Aber nicht nur im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands habe die Sozialdemokratie ihre Pflicht getan, sondern sie habe auch im Innern des Landes für die Interessen der Arbeiterschaft gewirkt und sie sei auch wiederholt für die Herbeiführung eines baldigen Friedens eingetreten. Es wird erinnert daran, daß bei der Bewilligung der ersten Kriegskredite am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Abg. Haase folgende Erklärung abgegeben ließ: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“ Ähnliche Erklärungen wurden später noch wiederholt im Reichstage abgegeben, zuletzt am 29. Mai von dem Abg. Ebert, nach dem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg.

Der Parteivorstand hat in der Weihnachtsnummer des „Labour Leader“ eine Kundgebung erlassen, in der es hieß: „Unsere warmste Sympathie ist in dieser schicksalsschweren Zeit bei allen Bestrebungen, die auf eine rasche Beendigung dieses männermordenden Völkerringens gerichtet sind.“ Dann wird weiter erinnert an die Beschlüsse, die am 12. und 13. April von den Vertretern der Sozialdemokratie Deutschlands, Österreichs und Ungarns in Wien gefaßt wurden, in denen ebenfalls die Friedenssehnsucht zum Ausdruck kam. Es wird ferner gesagt, daß der Parteivorstand keine Schwierigkeiten und Widerstände, keine Verdächtigungen scheuend, mit sehr großer Ausdauer bestrebt gewesen sei, die durch den Kriegsausbruch so jäh unterbrochenen internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, um mit den Bruderparteien aller Länder darüber zu verhandeln, wie gemeinsam für die Herbeiführung des Friedens gewirkt werden könne. Als das Exekutivkomitee der Internationale mit der Anregung hervortrat, im Haag mit den sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder einzeln über die Möglichkeit einer gleichzeitigen Friedenskundgebung zu verhandeln, stimmte der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie dem unter der Voraussetzung zu, daß auch die französische Parteileitung einverstanden sei. Im Haag, wohin die Mitglieder des deutschen Parteivorstandes im März gefahren waren, erfuhren sie aber, daß wohl die Engländer, nicht aber die Franzosen zu solchen Verhandlungen bereit seien. Die deutschen Sozialisten haben den Mitgliedern des Exekutivkomitees ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, alle Maßnahmen zur Förderung des Friedensgedankens zu unterstützen, die von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ergriffen würden. Dann heißt es weiter in der Kundgebung:

„Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind, vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs, die an ihrer mit dem zar verbündeten Regierung durch mehrere hervorragende Mitglieder beteiligt ist. Sie billigt rückhaltlos deren Politik, die darauf gerichtet ist, den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus, fortzuführen und hat sich gegen eine Zusammenkunft des internationalen sozialistischen Büros ausgesprochen. Nach der Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen: „In der letzten Stunde ist nur eine Politik möglich, Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas.“ Gegen diese unverhüllte Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister noch auch die sozialistische Kammerfraktion noch endlich auch der sozialdemokratische Parteivorstand auch nur ein Wort des Widerspruchs zu erheben! Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des internationalen sozialistischen Büros, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt: „Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg zu sprechen. ... Als internationaler und sozialistischer Friedensfreund bin ich für den Krieg bis ans Ende. ... Ich fühle Born gegen jene, unserer Volksgenossen, die möchten,

daß man Frieden schließt. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen!“ Gern stellen wir fest, daß es sowohl in England wie in Frankreich sozialistische Gruppen gibt, die ebenso wie die deutsche sozialdemokratische Gesamtpartei und ihre Leitung für den Friedensgedanken wirken. Das kann uns aber nicht über die betrübende Tatsache hinwegtäuschen, daß die große Masse der dem internationalen Sozialistenbüro angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.

Unverantwortliche Irreführung der Genossen ist es, wenn in anonymen Flugblättern und Pamphleten die internationale Lage und Vorgänge in der Partei in entstellter oder in völlig wahrheitswidriger Weise dargestellt werden und der Vorwurf erhoben wird, die Parteileitung tue nicht genug, um den Friedenswillen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Wer es mit der besonders in dieser ersten Zeit und auch nach dem Kriege so bitter nötigen Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ernst meint, muß sich mit Einschiedenheit gegen dieses parteigefährdende Treiben wenden. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annexionspolitik bekämpft. Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zu Gunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderung großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Öffentlichkeit bekannt wurden. Schon die Selbstermächtigung solcher Bestrebungen schieben den vom ganzen Volke heiß ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden!

Soll der täglich neue Opfer fordernde Krieg nicht ins Endlose sich hinziehen, bis zur völligen Erschöpfung aller Völker dauern, so muß eine der beteiligten Mächte die Hand zum Frieden bieten. Deutschland, das von einer großen Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Aushungerungsplan zu Schanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbesiegt ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun. Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffenen günstigen Kriegeslage fordern wir die deutsche Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kund zu tun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen. Wir erwarten von unseren Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern, daß sie im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirken.

Aus den Bemerkungen des „Vorwärts“ zu diesem Aufruf ersieht man, daß die sozialdemokratische Parteileitung ihn sieben Wochen lang im Schrank hat liegen lassen, offenbar weil sie glaubte, daß die Veröffentlichung der Sache Deutschlands gegenüber seinen Feinden nachteilig sein werde. Vor allem war es das Eingreifen Italiens, das ihr einen solchen Aufruf als unziemlich und unzeitgemäß erscheinen ließ. Die Siege der verbündeten Zentralmächte in Galizien aber haben den Parteivorstand bewogen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Wenn in diesem Aufruf weiter nichts enthalten wäre, als eine Rechtfertigung des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie, so brauchte man dazu nichts zu bemerken. Denn was zur Begründung des Standpunktes der Partei und ihrer Leitung gesagt wird, ist zum größten Teil aus Erklärungen und Reden in Parlamenten und aus Artikeln in Zeitungen bekannt. Daß dabei die sozialdemokratische Partei in den Vordergrund gestellt wird, steht zwar in einem gewissen Mißverhältnis zu den Weltereignissen, mag sich aber aus den bekannten Angriffen einer sozialdemokratischen Minderheit gegen die Politik der Mehrheit erklären. Was jedoch bedenklich erscheinen muß und nicht ohne Widerspruch hingenommen werden darf, das ist die Forderung, „Deutschland, das von einer großen Uebermacht angefallen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt hat und den Aushungerungsplan zu Schanden gemacht hat, sollte den ersten Schritt zum Frieden tun im Namen der Menschlichkeit und der Kultur.“ Der Satz wirkt in dieser Stilisierung fast wie Ironie.

Man sollte meinen, es sei doch auch in der sozialdemokratischen Parteileitung bekannt, daß ein „von einer großen Uebermacht Angefallener“ nur dann den ersten Schritt zum Frieden tut, wenn er damit andeuten will, daß er überwunden ist und um Frieden bittet. Ganz sicher werden wenigstens seine Feinde, wenn er nach dem Ratsschlage dieses Aufrufes verfährt, es so auslegen und sie werden dementsprechend die Bedingungen des Friedens stellen. Es könnte für Deutschland nichts Gefährlicheres und nichts geben, als dem durch die deutschen Siege hervorgebrachten Stande der Dinge weniger entspräche, als die Befolgung des sozialdemokratischen Rates. Es ist unbegreiflich, daß man in der Leitung der sozialdemokratischen Partei, die doch sicherlich in der Absicht vorgeht, dem Vaterlande keinen Schaden zuzufügen, nicht erkannt hat, was man mit einer solchen Kundgebung anrichtet. Die deutsche Regierung hat bereits verschiedentlich zu erkennen gegeben, daß es nicht an ihr ist, den Weg zum Frieden zuerst zu beschreiten. Sie wird sich, davon sind wir überzeugt, auch durch diese Kundgebung nicht zu einer anderen Haltung bestimmen lassen. Aber schon die Tatsache der Veröffentlichung ist sehr zu bedauern und zu beurteilen; denn sie wird im feindlichen Auslande begierig als ein Zeichen dafür aufgegriffen werden, daß die anfängliche Geschlossenheit des deutschen Volkes nicht mehr vorhanden sei und daß ein Teil des Volkes den Frieden nicht erwarten könne. Die Folge wird sein, daß unsere Feinde meinen werden, wenn sie jetzt noch eine Zeitlang recht fest auftreten, werde es ihnen doch noch gelingen, Deutschland niederzuwerfen, was ja, wie der Aufruf feststellt, auch

die Sozialdemokraten der feindlichen Länder wollen. Wenn es also etwas gibt, was diesen Krieg über seine natürlichen Bedingungen hinaus verlängern kann, dann sind es solche unzeitgemäßen und geradezu gefährlichen Rufe nach dem Frieden.

Es gibt in Deutschland niemanden, der den Krieg um des Krieges willen wünscht. Daß das deutsche Volk, und ganz gewiß nicht bloß die Sozialdemokratie, den Frieden will, das ist eine Tatsache, die aller Welt, soweit sie guten Willens ist, bekannt sein muß. Jedermann würdigt die Schwere der Opfer an kostbarem Leben und Gut, die wir jeden Tag des Krieges bringen. Es braucht auch nicht bewiesen zu werden, daß ein nahe Friede unendlich wertvoller ist als ein in weite Ferne gerückter. Aber die Voraussetzung bei alledem ist doch, daß Deutschland keinen Frieden schließen kann, der auch nur den Schein erweckt, als habe der Ueberfall seiner Feinde noch Erfolg gehabt. Deutschlands Kriegsziel ist ganz allgemein, die Einkreisungs- und Vergewaltigungspolitik seiner Feinde für jetzt und später zunichte zu machen. Wo ist der Beweis, daß dieses Ziel erreicht sei? Die abscheuliche Hezrede des englischen Munitionsministers Lloyd George gegen Deutschland beweist, daß man an den verantwortlichen Stellen der Hauptmacht der Entente mit ungeschwächtem Haß Deutschland verkleumdet und darauf ausgeht, es niederzuwerfen. Es ist nicht an uns, die Hand zum Frieden zu bieten, den wir nicht gebrochen haben. Wir würden uns damit höchstens der Gefahr aussetzen, für unsere wie Schwäche aussehende Gutherzigkeit eine hochmütige Ablehnung zu erfahren. Der Rat des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist schlecht, und es gehört ein großes Maß politischer Sorglosigkeit dazu, auf Grund von grundsätzlichen Erwägungen damit vor die europäische Öffentlichkeit zu treten, in der wir, wie der Aufruf selbst feststellt, einer Welt von Feinden gegenüberstehen.